

ungen nur dazu dienen, einen Krieg
über die Erde, daß das von Frankreich
mit französischem und nicht mit
macht werde.

Triebwerk-Mechaniker,
handelt ist, gesucht.
Fabrik Neuenbürg (Württ.)

**Steckenpferd-
Seife**
Die beste Lillienblumenseife
I. Sorte, weisse Seife aus blond
schönen Tüchern. Parfüm nach
"Dada-Creme"
wie und spritzt beim Waschen u.
sinnvoll. Oben in haben

Regenschirme
kaufen Sie am besten
und billigsten nur beim
Fachmann
W. Kunze, Pforzheim,
Schirmmacher-Meister,
nur Kronenstr. 3 nur
Reparaturen sofort.

**Läufer-
Schwein**
Neuenbürg.
Ein starkes
fest dem Verkauf aus
Ernst Drollinger,
Vorstadt.

Grundstück
in einem Schwarzwaldort mit
1-2 ködigem Haus und
geräumigen Läden per
sodort zu pachten, eventl. zu
kaufen gesucht.
Angebote mit genauer Be-
schreibung, wenn möglich mit
Abbildung unter Nr. 120 an
die „Enztäler“-Geschäftsstelle
erbeten.

**Ein Mutterschwein
samt Jungen**
ist zu verkaufen.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle des „Enztäler“
Schwann.
Eine 30 Wochen trächtig

**Milch-
Ruh**
Eine 32 Wochen trächtige
gute
hat zu verkaufen
Philipp Hörter.
Verkauft hat sich ein
reifebiger Wischer. Er
wird gebeten, denselben bei
obiger Adresse abzugeben.

**Milch-
Ruh**
Eine gute
hat zu verkaufen
Johann Gg. Burthardt.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 5.

Neuenbürg, Samstag, den 7. Januar 1922.

80. Jahrgang.

Rundschau.

In Cannes sitzen die Gelehrten dieser Welt unter dem Namen des Obersten Rates am Verhandlungstisch und fällen ihre Entscheidung über Leben und Tod des Deutschen Reichs. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß es diesmal um Ganzes geht. Entweder wird der Grundstein zu einem Neubau Europas für eine neue Epoche seiner Geschichte gelegt, oder der Oberste Rat bleibt im Banne des Scheitens von Versailles. Letzteres gilt auch für den Fall, daß er sich nicht zu einigen vermag oder nur auf unsere Kosten wieder einzig wird. Wir selbst bringen den Optimismus für einen Glauben an einen Neubau Europas nicht auf. Weit wahrscheinlicher ist, daß auch in Cannes die französische Sinnesart, d. h. der Geist des Versailles Friedens, sich durchsetzt. Aus Paris wird schon in aller Form berichtet, daß zwischen den Alliierten große Meinungsverschiedenheiten bestehen; Frankreich werde keine eigenen Maßnahmen treffen, um seine Sicherheit zu garantieren; das Ergebnis der Konferenz wird wohl die Verstärkung der Kontrollmaßnahmen über Deutschland und die Erweiterung der Kontrollmacht der Reparationskommission sein. Es muß schon ein Wunder geschehen, wenn Bernant und Berechtigt in Cannes liegen sollen. Die Börse hat für Vergleichen eine feine Witterung. Wenn die Leute, die die Spekulation zu ihrem Lebensberuf erwählt haben und bekanntlich das Gras wachsen hören, irgend eine Möglichkeit für die Rettung Deutschlands von Cannes erwarten, so hätte unsere Kalotte gewiß schon seit Jahresbeginn eine rasche Besserung erfahren, statt sich behändig weiter zu verschlechtern.

Wir sind nach unserer innerpolitischen Lage schlecht gerüstet, selbst für einen allseitigen, vollends schlecht für einen unangenehmen Ausgang der Konferenz. Abseits acht Monate sind seit dem Ultimatum im Mai des vorigen Jahres vergangen. Man sagte sich damals sofort, daß der Erfüllungswille nur durch unerhörte Anstrengungen auf dem Gebiete der Steuererhebung bewiesen und durchgeführt werden könne. Die Steuererhebung aber liegt heute noch unerledigt in den Ausschüssen des Reichstags, die knapp mit der ersten Lesung fertig geworden sind und dabei nichts weniger als einen einheitlichen Mehrheitswillen bekundeten, vielmehr sich bei den verschiedenen Abstimmungen immer wieder verschieden gruppierten, je nachdem es sich um direkte oder indirekte Steuern handelte. Wie haben ferner eine Reichsregierung, die eigentlich nur aus einem Manne besteht. Das ist der Reichskanzler Dr. Wirth. Einen Außenminister und einen Finanzminister hat das Kabinett überhaupt nicht, und was es sonst an Ministern zählt, ist unbedeutend. Kompromisse und nochmals Kompromisse sind die einzigen Mittel, die einer solchen Regierung, an deren guten Willen nicht zu zweifeln ist, zu Gebote stehen. Möglich ist, daß die Not endlich uns alle auf einer mittleren Bernantlinie zusammenführt. Es gibt Politiker genug, die schon seit Jahr und Tag die Ansicht vertreten, es müsse Deutschland noch viel schlechter werden, bis es den Vorteil überwinde und sich zu einer echten Volksgemeinschaft wieder zusammenschließe.

Die Elemente der Forderung sind bei uns immer noch viel zu hart. Zwei Beispiele mögen es beweisen. Das eine ist der heillose Eisenbahnerstreik, der im Westen ausbrach und nichts weiter erreichte, als was ohne diesen schändlichen Verrat am Volkswohl auch durch einfache Verhandlungen erreicht worden wäre. Ganz unerträglich ist der Gedanke, daß bei den Betriebsanstalten, von deren Funktionieren das ganze Wirtschaftsgetriebe abhängt, gestreikt wird, noch unerträglich die Tatsache, daß die Streikenden nicht einmal gemahnt und bei dieser Gelegenheit die vielen Ueberzähligen entlassen wurden, deren Vorhandensein doch sogar amtlich zugegeben und als eine Ursache des Eisenbahnbezugs bezeichnet wird. Das zweite Beispiel ist die Unterbildung unserer deutschen Volksschule. Zu einer Zeit, wo jedermann sich nach der Wiederkehr von Trümern und Wägen unter den Erwachsenen und nach der Wiederaufrichtung von Jugend und Ordnung unter der Jugend sehnt, sind harte Kräfte — auch im württ. Kultusministerium — am Werk, um die Vorkerschule des deutschen Sittengesetzes im Volksschulbetrieb zu beseitigen. Ist es schon Wahnsinn, hat er doch Methode!

Wie weit die ausländischen Differenzen, wie sie nunmehr in der kürzlich abgeleiteten Konferenz in Washington zutage traten, auch auf die Verhandlungen von Cannes einwirken, ist nicht abzusehen. Die Tatsache, daß die Abrüstungskonferenz sich weder in der Unterseebootsfrage noch in der Frage der Landbevölkerung zu einem Standpunkte durcharbeiten konnte, der den Namen Abrüstung wirklich verdient, beweist nur, daß unsere Feinde sich untereinander nicht trauen, während sie doch den Anteil am Raub ungehört verzehren möchten. So mögen sie auch jetzt wieder sich zum Schwann, habend oder einig, niederlegen, die Rede wird jedenfalls Deutschland bezahlen.

Schwarze und Weiße am Rhein.

An der Spitze des Dezemberheftes der „Foreign Affairs“, des Organs des Verbandes für internationale Verständigung unter Leitung des bekannten Weltfriedensfreundes G. D. Morel, findet sich ein Aufsatz des englischen Parlamentsmitgliedes Ben C. Spoor, dessen Beobachtungen und Mahnungen hauptsächlich in London, Rom und Washington, wenn auch zunächst nach nicht in Paris, gebührende Beachtung finden werden:

Die Alliierten gewannen den Krieg und distanzieren den Frieden. Ueber ihr Verhalten als Sieger wird die Geschichte urteilen. Denn schließlich sind die Tatsachen lebendiger als Meinungen, besonders wenn diese Meinungen durch Vorurteile gefärbt sind oder durch Furcht beeinflusst werden. Soeben habe ich das besetzte Gebiet am Rhein besucht und war erschüttert, als ich die Leiden gewisser Teile der dortigen Bevölkerung beobachtete. Der Krieg ist vorüber, und wir leben im Frieden. Aber unser französischer Bundesgenosse denkt anders, und es geschehen dort Dinge, die eine Schande für

Frankreich sind, aber auch für alle jene Länder, die solche Dinge überleben.

Die Einquartierung der französischen schwarzen Kolonialtruppen am Rhein ist eine Tat rückwärtsloser Verderbnis, die von allen Seiten der zivilisierten Welt erste Proteste hervorruft. Was dort geschieht, ist mehr als eine Demütigung, ist ein Trauerspiel. Ein solches Verhalten ist grausam gegenüber einem besiegten Volk, grausam auch gegenüber unseren farbigen Kameraden, die als Werkzeuge des französischen Volkes gebraucht werden. Ich traf in Deutschland nicht einen Engländer, der nicht die Tatkraft solchen Verhaltens mit scharfen Worten verdammt hätte.

Anscheinend ist die Zahl der Opfer dieses Systems im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nicht groß. Statistiken darüber sind nicht zu erlangen, denn von den französischen Verbänden wird alles getan, um die Ueberwachung der Besatzungstruppen zu verhindern. Außerdem wünschen nicht selten die besagten Verbände Opfer selbst aus nabellegenden Gründen ein bekanntwerden der Untat zu verhüten. Die ganze Bevölkerung leidet, da sie befürchtet, unter den Opfern unmittelbar oder mittelbar genannt zu werden.

Menschen im besten Alter und in voller Lebenskraft, völlig getrennt von ihrem bisherigen Frauenverfehr, werden da, wo sie zu befehlen haben, leicht verführt werden, ihr natürliches Begehren bald so, bald so zu befriedigen.

Die schwarzen Truppen stammen zumeist aus Afrika und werden in ihrem Benehmen gegenüber Frauen durch Befehlen der europäischen Erziehungs nicht gebremst, vielmehr durch ihre polganische Ueberlieferung in ihren Lebensinstincten angeleitet. Wenig, die farbigen Truppen wollen in intime Beziehungen mit einem Teil der weißen Frauen dieses Landes treten.

Die französischen Militärbehörden berücksichtigen diesen Drang und haben mit brutaler Dreistigkeit dort, wo farbige Truppen stehen, deutsche Familien aus ihren Häusern verbannt und diese Häuser in Bordelle für die Soldaten umgewandelt. Unnötig die physischen und moralischen Wirkungen dieser abscheulichsten Politik im einzelnen darzulegen. Für anständige Männer und Frauen ist ein solches Verfehren unbefriedigend.

Eine Folge muß aber unbedingt beachtet werden, denn sie trifft nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern die ganze Welt. Das ist das Aufkommen eines aufgeregten Geistes, der sicherlich zu einem neuen Krieg führen muß, wenn er sich weiter entfaltet. Anzeichen können die Franzosen nicht begreifen, welche heiße weiße Leidenschaft sich in dem Herzen jedes Vaters und Gatten regt und wie die Kinder in dem Wahn des Vaterlands einen neuen Krieg? Könnte die weltliche Zivilisation noch einen überleben?

Wichtig ist die Frage nach der Wirkung auf die farbigen Truppen selbst und auf die Länder, aus welchen sie kommen. Oft kann man von der „steigenden Rote der Farbe“ hören, und viele befürchten ein Mischen zwischen den weißen und farbigen Völkern um die Oberherrlichkeit in der Welt. Eines ist gewiß, das Rassenbewußtsein weigert sich rasch in Afrika. Und der Druck einer hochorganisierten Zivilisation befördert unvermeidlich diese Entwicklung. Ein Streit mit der Farbe kann nur auf einem Wege vermieden werden. Es müssen die weißen Rassen ihre Beziehungen mit denjenigen einstellen, deren Verfall von Barbarismus bedroht wird, so daß Achtung und nicht Mißachtung heranwächst. Regt man halbwilligen Völkern Verpflichtungen auf, die über ihre Fähigkeiten hinausgehen, so schädigt man ihr Gedeihen. Von diesem Standpunkt aus ist die Benutzung farbiger Truppen, wie sie jetzt verwendet werden, eine verbrecherische Ungerechtigkeit. Das Volk oder die Völker, die dafür verantwortlich sind, werden sicherlich büßen müssen.

Deutschland.

Stuttgart, 5. Jan. Im „Staatsanzeiger“ wird halbamtlich festgestellt, daß die Vorschriften für die Vergebung an den höheren Schulen mit Billigung des Kultusministeriums erlassen worden sind.

München, 5. Jan. Nach einer der Reichsverfägung entsprechenden Bekanntmachung des Ministeriums des Innern sind die angeordneten Geheimorganisationshörsch, Dubertus, Kulod, Beschreib und Oberland aufgelöst. Die Zugehörigkeit zu diesen aufgelösten Organisationen wird mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit Festungs- oder Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten bestraft.

Berlin, 5. Jan. Wir möchten gegenüber irreführenden Darstellungen, die sich auch heute früh in der Berliner Presse finden, unterstreichen, daß das Steuerkompromiß noch weit im Felde liegt, zumal die Sozialdemokraten erhebliche Schwierigkeiten machen. Sie wollen, bevor sie sich an den Verhandlungstisch setzen, auch noch die Frazktion einberufen. Bei dieser Lage der Dinge finden auch noch keine Verhandlungen über die Ausweitung der Koalition statt. Alles ruht. Auch das Kabinett wird heute keine Sitzung abhalten. Im Laufe des Jahres soll eine Konferenz der Ministerpräsidenten aller Länder beim Reichskanzler zusammentreten und sich mit der innen- und außenpolitischen Gesamtfrage beschäftigen.

Sozialdemokratische Anfrage über Arbeiterverfehr.

Stuttgart, 5. Jan. Abg. Bläuger (Soz.) hat anlässlich der auf 1. Februar bevorstehenden Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise um 75 Proz. eine Anfrage an das Staatsministerium gerichtet, ob es bereit sei, beim Reichsverkehrsministerium dahin zu wirken, daß 1. eine weitere Verteuerung des Arbeiterverfehrs unterbleibe, 2. Arbeiterfabriken für täglich zweimalige Benützung an Werktagen, sowie Teilfabriken mit drei- und viertägiger Gültigkeit wieder eingeführt, 3. die Bergünstigungen der Schüler in Form von Schülerkarten in geeigneter Weise auch den Lehrlingen zuteil werden? Der Fragesteller begnügt sich mit einer schriftlichen Antwort.

Zusammenfassung der süddeutschen Länder.

München, 5. Febr. Die Bayerische Volkspartei (VVP) behandelt unter der Überschrift: „Aufgaben der bayerischen Politik“ auch das Verhältnis Bayerns zu seinen süddeutschen Nachbarstaaten und besonders zu Württemberg. Es heißt da: Die Errichtung einer bayerischen Vertretung in Stuttgart in diesem Jahre wird sicherlich dazu beitragen, gegenseitiges Mißtrauen zu beseitigen, Aufklärung, wo es not tut, zu schaffen und das Zusammengehörigkeitsgefühl der süddeutschen Staaten in wichtigen Fragen ihres künftigen Weiterbestehens zu stärken. Die Hoffnung, daß wir in dieser Beziehung besseren Zeiten entgegensehen wird dadurch gefestigt, daß die Stimmen nach einem engeren Zusammenschluß der süddeutschen Länder auch in Württemberg und in Oesterreich in den letzten Wochen immer zahlreicher geworden sind.

Das Treiben der Katerpublikaner in bayerischen Festungen.

Die aufsehenerregenden Mitteilungen über das Benehmen der in bayerischen Festungen gefangenen Katerpublikaner werden von der „München-Ansbacher Abendzeitung“ noch durch allerlei Stichproben ergänzt. Im Kloster Oberbach und auf der Pfaffenburg bei Kulmbach in Oesterreich besäßen sich die Gefangenen mit Stühlen, Brägeln und Messern, so daß die ihres Lebens nicht mehr Sicherer von den anderen abgefordert werden mußten. In Ansbach zwangen die Terroristen einen ihnen besonders Verhassten, Hruad Abbitte zu leisten, wobei er angepöbel wurde. In Lichtenau wurde ein Verfehr der Terroristen ausgehängt, daß der Verfehr mit arbeitswilligen Mitgefangenen und die Anwendung von Liebsgaben an solche zu unterbinden sei, bis sie sich wieder zum Richtturm bekehrten. In St. Georgen wurden die Kreuzigte von den Wänden heruntergerissen und in Anstalt gefestigt oder mit roten Fahnen zum Kenner hinausgeführt. Dabei verlangen die Terroristen, als Ehrenhöflichkeit gebrüt zu werden. Ihre Bedeutung müsse sich jederzeit in Rufnähe halten, beim Auftragen des Essens tadellose weiße Schürzen tragen, Oberaufseher und Aufseher hätten jederzeit Aufträge entgegenzunehmen und Einkäufe und verchiedenes andere zweimal täglich zu erledigen. Beim Eintreten und Verlassen der Festungshäuser hätten sie die Gefangenen zu grüßen und vorher stets anzufopfen. Die Forderung der Festungsgefangenen, in bayerischen Königsschloßern untergebracht zu werden, ist sogar im Landtag von den Unabhängigen und Kommunisten wiederholt worden. Das Schönste aber ist, daß festungsgefangene Abgeordnete in Bayern immer noch ihre Landtagsgebühren, also Aufwandsgebühren erhalten. Der Antrag der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei auf Entziehung dieser Gebühren ist im November im Staatshaushaltsauschuss und im Plenum abgelehnt worden. In Niederriedenfeld wurde daraufhin aus solchen Geldern eine Freudenbowle gebrant. (Darf es wundern, wenn angefaßt solchen Treibens das höchste Staatsautorität vollends in die Brüche geht?)

Mathematisches Briefe aufgeben.

Berlin, 5. Jan. Aus Paris wird jetzt von verschiedenen Seiten bestätigt, daß Mathenau die Reise nach Cannes aufgegeben hat. Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ führt zur Begründung an, das Wichtigste was Herr Mathenau im Cannes hätte vorbringen können, sei den Engländern, Belgiern und Franzosen auch so nicht unbekannt geblieben. Die Wortführer der Entente wählten durch direkte und indirekte Informationen Bescheid. Ein Versuch, sie im Sinne der deutschen Auffassung durch einen inoffiziellen deutschen Vertreter beeinflussen zu wollen, könnte in Cannes, wo es sich nicht um eine internationale Sitzung, sondern um eine Sitzung des Obersten Rates der Alliierten handle, unter Umständen ebenso viel haben als nützen. Die Aufgabe der Reise war nach der gestern vorliegenden Meldung, die Arrangements der Konferenz in Cannes wollten Mathenau in Mentone gleichsam vor die Tür und kalt stellen, vorauszusetzen. Diese Stellung Mathenaus gegenüber ist allerdings bezeichnend für die Stimmung, die Deutschland von seinen Gegnern in Cannes erwarten darf.

Keine Antwort auf die Reparationsnote.

Berlin, 5. Jan. Wie wir erfahren, hat die deutsche Kriegslasten-Kommission am 4. Januar abends der Reparationskommission eine Note überreicht. Darin wird die Uebermittlung von Material zu den von der Reparationskommission in der Note vom 2. Dezember v. J. aufgegeben, daß mit Rücksicht auf den Zusammenhang der in der Note der Reparationskommission vom 16. Dezember v. J. gestellten Fragen mit den Gegenstand der Besprechungen des Obersten Rates bildenden Angelegenheiten die deutsche Regierung auf keinen Widerspruch stehen würde, wenn sie sich im gegenwärtigen Augenblick weiterer Äußerungen zu diesen Angelegenheiten enthalte.

Das Geheimnis der Reise Jito.

Berlin, 5. Jan. Das „Abt.-Uhr-Abendblatt“ hatte gestern eine Darstellung der Absichten der Kaiserin Jito, die nach der Schweiz gefahren ist, um einer angeblichen Operation ihres ältesten Sohnes, des achtjährigen Erbprinzen Otto, beizuwohnen, gebracht, die man zunächst geneigt war als Sensation einzuschätzen. Nun werden diese Gerüchte aber von der „Deutschen Allg. Zeitung“ auch an leitender Stelle aufgenommen. Das Blatt weist darauf hin, daß zwar die Schweiz kaum der eurgäischen Dame gestattet würde, von eidgenössischem Boden aus zum drittenmale verbrecherisch die Ruhe Europas zu stören, aber Jito und ihr Sohn könnten ja von einem anderen Lande aus vorgehen. Bruder Sixtus ist in Paris. Der jüngste, Felix Gemahl der Großherzogin von Luxemburg, wo auch nach der Ausweitung nach der Schweiz Karls Gefolge Anwesenheit genommen hat. Französische Kreise glauben noch immer, durch Oabzburg den Anschluß Oesterreichs an Deutschland endgültig verhindern zu können, und in Ungarn arbeiten die Franzosen in gleichem Sinne. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ macht mit Recht darauf aufmerksam, daß Jito in ihrem ehrgen-

igen Bekleidungen auch von solchen Elementen gebraucht werden könnte, die das Erbscheitern der Reichlichen als das Signal zur Betrümmung Österreichs ansehen könnten. Bortugal scheint in London die Entfernung des Kaiserpaars aus Mexiko angeregt zu haben. So soll London die Ueberredung nach der Insel Wight in Aussicht genommen haben.

Ausland.

Paris, 5. Jan. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ sind die Mitglieder des technischen Dienstes für die Kohlenlieferungen in der Reparationskommission gestern und vorgestern nochmals zusammengetreten, um das Programm für die Kohlen- und Kokslieferungen, die Deutschland im Februar, März und April leisten muß, festzustellen. Das Blatt glaubt ferner zu wissen, daß die Heilmenge aus den vollständigen deutschen Lieferungen für November und Dezember zum größten Teil während des laufenden Monats geliefert werden würde.

London, 5. Jan. In Belfast wurden bei einer lebhaften Schießerei drei Personen getötet und sechs verwundet.

Helsingfors, 5. Jan. Einem Telegramm der finnischen Gesandtschaft Moskau zufolge hat die Sowjetregierung verlangt, daß die finnische Evakuierungskommission Petersburg unverzüglich verlasse.

Athen, 5. Jan. Auf dem im Bräus vor Anker liegenden griechischen Torpedoschiff „Leon“ hat eine starke Explosion stattgefunden, bei der der Kommandant des Schiffes und einige Offiziere, Seeleute und Arbeiter den Tod gefunden haben. Außerdem sind zahlreiche Personen verletzt.

Washington, 5. Jan. Im Kongreß wurde beantragt, den Präsident Harding auszufordern, auf der Abrüstungskonferenz die Zurückziehung aller alliierten Besatzungstruppen aus Deutschland zu beantragen.

Verhandlungen gegen ein Moratorium.

Brüssel, 5. Jan. Ministerpräsident Briand erklärte dem nach Cannes entsandten Berichterstatter des „Etoile Belge“, nachdem er ihm versichert hatte die belgische Priorität werde von Frankreich nicht angetastet werden: Wir sind gegen ein Moratorium. Wenn Belgien in dieser Frage mit uns gegen England und Italien zusammen steht, so kommt es zu keinem Moratorium. Der Unterredung wohnte Loucherey bei.

Der englische Schatzkanzler über die Finanzlage Deutschlands.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Daily Mail“ in Cannes erklärte der englische Schatzkanzler Dorne, daß vor allem Einigkeit unter den Alliierten notwendig sei, um die Fragen zu behandeln, von denen das künftige Gedeihen von ganz Europa abhängt. Man müsse vor allem erkennen, daß die deutsche Regierung die Industrie und die Eisenbahnen mit reichlichen Subventionen unterstütze. Das bedeute nichts anderes, als daß man Geld in die Taschen des Herrn Stinnes und anderer Großindustrieller stecke. Außerdem verkaufe Deutschland seine Rohle billiger als alle anderen europäischen Staaten. Falls Deutschland ein Moratorium gewährt werden sollte, müßten bestimmte Garantien gefordert werden, daß alle diese Dinge ausführen. Der Schatzkanzler gab allerdings zu, daß Deutschland zusammenbrechen könnte, was eine zerstörende Wirkung auf ganz Europa ausüben würde. Es müsse daher die Frage entschieden werden, ob Deutschland tatsächlich vor einem Zusammenbruch stehe, wenn die Raub weiter fahre oder ob Deutschland gegenüber den Alliierten Betrügereien begebe.

Memorandum der englischen Arbeiter an Lloyd George.

Lloyd George wurde, wie berichtet wird, während seiner letzten Konferenz mit Briand ein Memorandum der britischen Arbeiter überreicht, in dem eine radikale Wänderung der Reparationspolitik, völlige Anerkennung Sowjetrusslands, die Zurückziehung der Truppen am Rhein, eine internationale Konferenz über den Wiederaufbau, sowie die Gewährung von Anleihen und Krediten gefordert wird.

Krafft gegen den Wiederaufbauplan der Pariser Wirtschaftskongressen.

London, 5. Jan. Krafft erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“, der Plan für die wirtschaftliche Wiederaufstellung Europas müsse auf eine viel breitere Grundlage gestellt werden, als sie gegenwärtig von den Geschäftleuten angenommen werde. Die gesamte Kreditfrage müsse, vom russischen Standpunkt aus gesehen, auf eine internationale Grundlage gebracht werden. Das erste und dringendste, was Russland brauche, sei eine sofortige Hilfe zur Wiederherstellung seiner Landwirtschaft. Russland müsse an das Wirtschaftsleben der Welt angegeschlossen werden.

Troßki gegen Japan und Finnland.

Moskau, 3. Jan. Aus der Kongressrede Troßkis ist folgendes nachzutragen: Troßki bestätigte, daß die Einnahme der Stadt Chabarowk durch antibolschewistische Truppen mit japanischer Hilfe erfolgt sei. Man dürfe aber nicht vergessen, daß es außer den vier Großmächten, die in Washington miteinander Verträge abgeschlossen haben, noch eine fünfte gäbe, nämlich Russland und seine Rote Armee. Diese werde bei Chabarowk bald eine Unterredung mit der japanischen Regierung haben, die nicht mehr in der diplomatischen Sprache der Einnahme erfolgen werde. Zur russischen Frage sagte Troßki: Wir raten der finnlandischen Regierung eindringlich, weder ihre Ellenbogen nach ihre Hände über die Grenzlinie Sowjetrusslands zu strecken, da sie sonst abgehackt werden könnten. Den Oberführern der finnlandischen Armee raten wir nicht, die Wege von Helsinki nach Petersburg zu messen, weil es sich erweisen könnte, daß der Weg von Petersburg nach Helsinki bedeutend länger ist. Die Lage an der russ-rum. Grenze erklärte Troßki für unsicher. Rumänien habe sich nicht zur Neutralität verpflichtet wollen, für den Fall, daß irgend jemand Russland angreifen sollte. Darum wurden die Friedensverhandlungen abgebrochen. Die Lage der Roten Flotte bezeichnete Troßki als tragisch. Die Sowjetregierung hätte indessen die Rote Flotte nicht im Stich gelassen. Sie wisse, daß ein personeller und technischer Kern der Roten Flotte um jeden Preis erhalten bleiben müsse; denn sie wird vielleicht noch einmal aus dem Meer treten.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Wie schulden der Jugend...

Es ist nicht hinreichend, die Meinungen des jetzigen Geschlechtes zu lernen, wichtiger ist es, die Kräfte des folgenden Geschlechtes zu entwickeln.
Frederic v. Stein.

Kinder sind nicht nur freundliche Neugierigen des Dimeis und Gottesgrüße, die unser Haus verklären, sie sind auch ernste Fragen aus der Ewigkeit und schwere Aufgaben für die Zukunft.
Schleiermacher.

Wir schulden der Jugend einen großen Dienst, da wir sie gleichzeitig zur Natur und zum Geist leiten, in die Welt einzuführen und ihr auszuführen haben, jenes, weil sie ihren Ort in der Natur und Gesellschaft finden muß, dieses, weil die Welt sie trotz der Frische des jugendlichen Empfindens und Begehrens nicht scheitern und ihnen den Anteil an Gott nicht rauben soll.
H. Schläpfer.

Man darf nie vergessen, daß man bei der Jugend nur das in die Seele legen darf, von dem man wünscht, daß es immer darin bleibe.
Hemel.

Neuenbürg, 7. Jan. Seit drei bis vier Wochen wird die Umgebung Neuenbürgs dadurch unsicher, daß sich ein Einbrecher ununterbrochen, nachts Einbrüche ausführt und sich in Dörfern, Gartenhäusern oder Waldungen aufhält. Es werden insbesondere Lebensmittel und Kleidungsstücke gestohlen, beim letzten Einbruch auch Geld, und es scheint, daß sich der Täter jeweils Diebstahls in die Häuser einschleicht, solange sie noch nicht geschlossen sind. Nach der Art der Ausführung der Diebstähle kommt zweifellos der 18jährige Fürsorgezögling Ernst Schmid, dessen Eltern bis Kriegsende in Neuenbürg wohnten und der beschrieen verfolgt wird, als Täter in Betracht. Einer großen Anzahl Einwohner ist der Einbrecher gewiß noch von seinen früheren Taten her bekannt. Es wird jedermann dringend gebeten, bei Diebstählen sofort Anzeige beim Stationskommando zu machen bzw. denselben bei Betreten festzuhalten und damit beizutragen, daß die Sicherheit wieder hergestellt wird.

Schwarzenberg, 4. Jan. Die Bewohner von hier und Umgebung seien auf die im heutigen Blatt angezeigten religiösen Vorträge hingewiesen. Invektor Ruder ist ein volkstümlicher Redner und begabter Schriftsteller, bisher in leitender Stellung in Frankfurt a. M., wo er gern bei großen Massenveranstaltungen der „Evangel. Volksvereinigungen“ als Redner herangezogen wurde. Ohne Zweifel wird er die angezeigten Vorträge in interessanter Weise behandeln, so daß wohl niemand den Besuch zu bereuen hat.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 6. Jan. Staatspräsident Dr. v. Hieber steht im Begriff, dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lochenfeld einen Gegenseitigen in München abzusatteln. Auch der badische Staatspräsident wird in München erwartet. Dem Schwäbischen Rektor zufolge werden bei dieser Zusammenkunft Besprechungen über die gemeinsamen süddeutschen Interessen stattfinden.

Stuttgart, 6. Januar. Wie das Neue Tagblatt berichtet, ist der 1 Million betragende Hauptgewinn aus der deutschen Sparprämienanleihe einem Stuttgarter zugefallen.

Vom Allgäu, 6. Jan. Im Stadel der Ziegelei Hofmannshofen entstand abends Feuer, das mit großer Schnelligkeit sich griff. Der Ziegeltadel brannte bis auf die Grundmauern nieder. Das in Gefahr schwebende Wohnhaus konnte vor größerem Schaden bewahrt werden. Der Schaden wird auf etwa 1 1/2 Millionen geschätzt.

Hagen, 6. Jan. Wegen des Revolverattentats auf den Abgeordneten Stresemann in Lüdenscheid wurde der 30jährige Ofenarbeiter Gustav Schmidt, der 42jährige Arbeiter Karl Brinkmann und der 29jährige Schlosser Dietrich Diekmann zu 8 bzw. 6 bzw. 4 Monaten Gefängnis und der 21jährige Wilhelm Brinkmann zu 300 M Geldstrafe verurteilt.

Berlin, 7. Jan. Gestern nachmittag hatten Vertreter der Deutsch-nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei mit dem Reichsfinanzminister eine Unterredung über die Steuerfrage. Auf die Frage von Dr. Herms, wie sich die drei Parteien gegenüber einem Kompromiß verhalten würden, wurde erwidert, daß die Fraktionen keinen Anlaß hätten, sich schon jetzt mit ihm zu beschäftigen, da noch gar nicht feststehe, wie die Mehrheitsparteien über ein solches Kompromiß dächten.

Berlin, 7. Jan. Von Jagow hat unter Angebot der bereits einmal als Kaution gestellten 500.000 Mark aus dem Festungsgefängnis Gollnow durch seinen Verteidiger beim Reichsjustizministerium einen 14tägigen Urlaub nachgesucht, um sich über sein beim Rapp Putsch beschlagnahmtes, jetzt aber freigegebenes Vermögen mit dessen Pfleger auseinanderzusetzen zu können. Wie der „Vorwärts“ erzählt, ist dem Reichsjustizministerium bisher kein neues Urlaubsgesuch vorgelegt worden. Das erste Gesuch Jagows, um das es sich jedenfalls auch in dem gemeldeten Fall handelt, ist vom Reichsjustizminister abgelehnt worden.

Berlin, 7. Jan. In Brandenburg a. Havel sprach gestern der preussische Ministerpräsident Otto Braun über die politische Lage. Die Wirthschaftspolitik habe den Erfolg gehabt, daß die Engländer nunmehr anerkannt hätten, daß Deutschland solange nicht kreditfähig und somit auch wirtschaftlich nicht leistungsfähig sei, als die Lasten des letzten Ultimatums auf ihm ruhten. In Frankreich sei leider der Vernichtungswille gegen Deutschland noch nicht gebrochen. Insbesondere fordere das Vorgeben der französischen Besatzungsbehörden im Rheinland den schärfsten Protest heraus. Auch die Drangsalierungen, denen die Saargebietbevölkerung französischerseits ausgesetzt sei, erregten die regste Aufmerksamkeit der deutschen Regierung und die warmste Anteilnahme der übrigen deutschen Bevölkerung. Der Völkerverbund, dem laut Friedensvertrag das Saargebiet auf 15 Jahre zu treuhändiger Verwaltung übergeben worden sei, habe die Pflicht, die Saarbevölkerung vor französischen Bergewaltungen, wie sie in letzter Zeit vorgekommen sind, zu schützen. Das Saargebiet sei keine französische Kolonie, sondern deutsches Land mit deutscher Bevölkerung, die nach 15 Jahren über ihre staatliche Zugehörigkeit frei zu bestimmen habe.

Berlin, 6. Jan. Die Frau des Direktors Ebbels von der Märkischen Elektrizitätsgesellschaft hat gestern nachmittag sich und ihre drei Kinder in ihrer Charlottenburger Wohnung durch Gas vergiftet. Sie wurde abends von Hausbewohnern bewußlos aufgefunden. Frau Ebbels konnte ins Leben zurückgerufen werden, die Kinder starben unter den Händen der Samariter. Direktor Ebbels ist seit einigen Tagen verreist. In einem vorgefundenen Brief an den Ehemann bittet die Frau diesen wegen der Tat um Verzeihung. Aus dem Schreiben und aus Äußerungen der Hausbewohner geht hervor, daß die Frau an Bahnvorfstellungen litt. Sie glaubte an ihren Kindern, vor allem an ihrem ältesten Sohn, die Spuren derselben schweren Nervosität beobachtet zu haben, und so habe sie, um ihrem Mann die dauernde Last des Zusammenlebens abzunehmen, sich und die durch erbliche Belastung gefährdeten Kinder aus dem Wege räumen wollen.

Berlin, 6. Jan. Die Reparationskommission hat heute auf die von der Kriegslastenkommission am 3. Januar übergebene Note folgende Antwort erteilt:

Die Reparationskommission beehrt sich, der Kriegslastenkommission den Empfang Ihres Schreibens vom 3. Januar

zu bestätigen, daß die deutsche Regierung es für angezeigt erachte, sich im gegenwärtigen Augenblick der Äußerung auf die in dem Schreiben der Kommission vom 16. Dezember gestellten Fragen zu enthalten. Demgegenüber kann die Kommission nur die Erklärung wiederholen, die sie den Vertretern der deutschen Regierung am 29. Dezember mündlich abgegeben hat, nämlich, daß die deutsche Regierung allein berufen ist, die Zweckmäßigkeit einer Antwort oder die Unterlassung einer Antwort auf das Schreiben vom 16. Dezember, sowie die Frage des Zeitpunkts der Antwort sofort oder später zu beurteilen, daß aber immerhin das in dem Schreiben der deutschen Regierung vom 14. Dezember vorgebrachte Stundungsgeßuch von der Kommission erst nach Empfang der in dem Schreiben vom 16. Dezember bezeichneten Erklärungen geprüft werden können. Die Reparationskommission weist die deutsche Regierung darauf hin, daß sie durch Abgabe dieser hierdurch wiederholten Erklärung ihr die volle Verantwortlichkeit für ihre Entschlüsse überlassen muß.

Berlin, 6. Jan. Die Regierungsvorleiter haben die vom Reichsbund höherer Beamter bei den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium überreichten Richtlinien zur Befolgsreform unter Hinweis auf die schwierige Finanzlage des Reichs als undurchführbar erklärt. — Die Frage der Bezahlung des rückständigen Soldes für die deutsch-afrikanischen Askaris, die 4 Jahre unter Lettow-Vorbeck gekämpft haben, wird gegenwärtig zwischen London und Berlin verhandelt.

Wien, 6. Januar. Die neue freie Presse veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Korrespondenten mit dem neuen deutschen Botschafter Dr. Pfeifer, der u. a. erklärte: Ich betrachte den Anschluß Deutsch-Oesterreich an Deutschland, selbstverständlich im Rahmen der für den Augenblick geltenden Bestimmungen, als hauptsächlichste Vorbedingung für den Wiederaufbau Mitteleuropas, wobei ich allerdings der Meinung bin, daß das zeitliche Ausmaß der Durchführung des Anschlusses ganz von Oesterreich bestimmt werden muß. Eine Aufklärungsarbeit, die sich in der Richtung bewegt, die Welt von der inneren Notwendigkeit des Anschlusses zu überzeugen, sehe ich als einen Hauptteil der Aufgabe an, die mich in Wien erwartet.

Budapest, 6. Januar. Abgeordneter Stephan Kaloosky, Graf Anton Sigray und eine Anzahl anderer Politiker, die im ungarischen Reichstag genannt sind, haben vom Ministerpräsidenten Graf Bethlen Benugung verlangt.

Paris, 7. Jan. Dr. Walter Rathenau ist gestern Abend von Paris nach Berlin abgereist. General Nollet hat gestern vormittag die Rückreise nach Berlin angetreten.

Dublin, 6. Jan. Nach einer Meldung von „Freemans Journal“ hat Devalera die Präsidentschaft der irischen Republik niedergelegt. Devaleras Rücktritt ist im Daily Citizen amtlich bekanntgegeben worden.

Athen, 6. Jan. Durch die Explosion auf dem Torpedobootszerstörer „Leon“ wurden 21 Personen getötet und 42 verletzt.

Washington, 6. Jan. Der Marineauschuß der Konferenz hat gestern endgültig die beiden Resolutionen des Senators Root angenommen, die sich auf die Unterseebootskriegsführung beziehen und jeden Angriff gegen Handelschiffe durch Unterseeboote untersagen. Die zweite Resolution Root wurde mit einer von Balfour vorgeschlagenen Änderung angenommen. Darin wird das oben genannte Verbot von den fünf Signatarmächten unverzüglich in Kraft gesetzt.

Washington, 7. Jan. Die Flottenkommission hat gestern nachmittag mit der Besprechung der älteren Entschleßung Root, die nunmehr in eine erste und zweite Entschleßung zerfällt, begonnen. Schanzer-Italien erklärte unter den bekannten Vorbehalten zuzustimmen, und verlangte, daß man gleich seßlegen solle, was unter „Handelschiffen“ zu verstehen sei. Die Engländer erklärten, daß die englischen Gehehe Handelschiffe eine schwache Bewaffnung gestatten, aber nur insofern, als sie zu Kriegschiffen umgewandelt würden. Schanzer stimmte dem zu. Die Besprechung wurde fortgesetzt, um festzustellen, was ein bewaffneter Dampfer ist. Lord Lee sprach sich dann gegen die Verwendung von Flugzeugen zu Angriffen auf Handelsdampfer aus. Sarraut erklärte, daß Frankreich der ersten gemeinsamen Entschleßung Root zustimme. Beide Entschleßungen wurden einstimmig angenommen.

Deutsch-demokratischer Vertretertag.

Stuttgart, 6. Jan. Der Landesversammlung der Deutsch-demokratischen Partei ging ein Vertretertag voraus, auf dem der Reichstagsabgeordnete Kommerzienrat Dr. Wieland über Reichspolitik sprach und erklärte, daß die Weltwirtschaftskrise nur durch Lösung des Reparationsproblems als des Friedensvertrags beseitigt werden könnte und ohne eine Stabilisierung der Wäuta unlösbar sei. Notwendig sei ferner eine kräftige Vermögens- und Einkommensteuer an Stelle der unübersehbaren neuen Steuern. Der Reichsgeheimrat auf Kosten der Länder und Gemeinden müsse aufhören. Ein Eingriff in die private Vermögenssubstanz sei nur möglich, wenn damit die Ordnung der Finanzen endgültig erreicht werde. Die wichtigsten Reichsämter dürften nicht länger unbesetzt bleiben; deshalb sei eine brauchbare Regierung zu bilden aus einer Koalition von Volkspartei bis Sozialdemokratie. Frau Abg. Rathilde Brand besprach die Not des Mittelstandes und regte eine stärkere Selbsthilfe an. Abg. Geheimrat Dr. Bruckmann erörterte die industriellen Fragen und verlangte vor allem mehr Qualitätarbeit. Diefelbe Forderung erhob bei der Besprechung der Handwerkerfragen der Abg. Denne auch der Schaffung von Selbstverwaltungsorganen das Wort redend. In seinen Ausführungen über die Landwirtschaft geißelte der Abg. Spieß den hilflos aufgeweckten Berufsgeheimrat und verlangte genossenschaftliche Selbsthilfe, damit die Produktion ohne übermäßige Vertierung an die Verbraucher übergeleitet werde. Der Abg. Löchner sprach über Beamtenfragen und Kulturpolitik, besonders über die Grundschule und den Religionsunterricht, wofür die Vertreterversammlung nicht zuständig sei. Das Berufsbeamtenamt müsse unbedingt erhalten werden. Abg. Johannes Fischer sprach vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus, die mehr Vertrauen in die soziale Gerechtigkeit haben müßten. Daran schloß sich ein Begrüßungsabend auf dem Stadtpfarrer Ehemann (Waisburg) die deutsche Ge-

nung der Partei hervorhob Unterhaltungsstoff.

Stuttgart, 5. Jan. Der Kreisrat der Partei wählte 1. Vorsitzender Landtagsabgeordneter Stadtpfarrer Waisburg, 2. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg, 3. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg, 4. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg, 5. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg, 6. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg, 7. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg, 8. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg, 9. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg, 10. Vorsitzender Stadtpfarrer Waisburg.

Landesversammlung der Partei.

Stuttgart, 6. Jan. Unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Landtagsabgeordneten Waisburg fand die Landesversammlung der Partei im Saal des Landeshotels statt. Die Landesversammlung, die den 1. Vorsitzenden Waisburg, den 2. Vorsitzenden Waisburg, den 3. Vorsitzenden Waisburg, den 4. Vorsitzenden Waisburg, den 5. Vorsitzenden Waisburg, den 6. Vorsitzenden Waisburg, den 7. Vorsitzenden Waisburg, den 8. Vorsitzenden Waisburg, den 9. Vorsitzenden Waisburg, den 10. Vorsitzenden Waisburg, den 11. Vorsitzenden Waisburg, den 12. Vorsitzenden Waisburg, den 13. Vorsitzenden Waisburg, den 14. Vorsitzenden Waisburg, den 15. Vorsitzenden Waisburg, den 16. Vorsitzenden Waisburg, den 17. Vorsitzenden Waisburg, den 18. Vorsitzenden Waisburg, den 19. Vorsitzenden Waisburg, den 20. Vorsitzenden Waisburg, den 21. Vorsitzenden Waisburg, den 22. Vorsitzenden Waisburg, den 23. Vorsitzenden Waisburg, den 24. Vorsitzenden Waisburg, den 25. Vorsitzenden Waisburg, den 26. Vorsitzenden Waisburg, den 27. Vorsitzenden Waisburg, den 28. Vorsitzenden Waisburg, den 29. Vorsitzenden Waisburg, den 30. Vorsitzenden Waisburg, den 31. Vorsitzenden Waisburg, den 32. Vorsitzenden Waisburg, den 33. Vorsitzenden Waisburg, den 34. Vorsitzenden Waisburg, den 35. Vorsitzenden Waisburg, den 36. Vorsitzenden Waisburg, den 37. Vorsitzenden Waisburg, den 38. Vorsitzenden Waisburg, den 39. Vorsitzenden Waisburg, den 40. Vorsitzenden Waisburg, den 41. Vorsitzenden Waisburg, den 42. Vorsitzenden Waisburg, den 43. Vorsitzenden Waisburg, den 44. Vorsitzenden Waisburg, den 45. Vorsitzenden Waisburg, den 46. Vorsitzenden Waisburg, den 47. Vorsitzenden Waisburg, den 48. Vorsitzenden Waisburg, den 49. Vorsitzenden Waisburg, den 50. Vorsitzenden Waisburg, den 51. Vorsitzenden Waisburg, den 52. Vorsitzenden Waisburg, den 53. Vorsitzenden Waisburg, den 54. Vorsitzenden Waisburg, den 55. Vorsitzenden Waisburg, den 56. Vorsitzenden Waisburg, den 57. Vorsitzenden Waisburg, den 58. Vorsitzenden Waisburg, den 59. Vorsitzenden Waisburg, den 60. Vorsitzenden Waisburg, den 61. Vorsitzenden Waisburg, den 62. Vorsitzenden Waisburg, den 63. Vorsitzenden Waisburg, den 64. Vorsitzenden Waisburg, den 65. Vorsitzenden Waisburg, den 66. Vorsitzenden Waisburg, den 67. Vorsitzenden Waisburg, den 68. Vorsitzenden Waisburg, den 69. Vorsitzenden Waisburg, den 70. Vorsitzenden Waisburg, den 71. Vorsitzenden Waisburg, den 72. Vorsitzenden Waisburg, den 73. Vorsitzenden Waisburg, den 74. Vorsitzenden Waisburg, den 75. Vorsitzenden Waisburg, den 76. Vorsitzenden Waisburg, den 77. Vorsitzenden Waisburg, den 78. Vorsitzenden Waisburg, den 79. Vorsitzenden Waisburg, den 80. Vorsitzenden Waisburg, den 81. Vorsitzenden Waisburg, den 82. Vorsitzenden Waisburg, den 83. Vorsitzenden Waisburg, den 84. Vorsitzenden Waisburg, den 85. Vorsitzenden Waisburg, den 86. Vorsitzenden Waisburg, den 87. Vorsitzenden Waisburg, den 88. Vorsitzenden Waisburg, den 89. Vorsitzenden Waisburg, den 90. Vorsitzenden Waisburg, den 91. Vorsitzenden Waisburg, den 92. Vorsitzenden Waisburg, den 93. Vorsitzenden Waisburg, den 94. Vorsitzenden Waisburg, den 95. Vorsitzenden Waisburg, den 96. Vorsitzenden Waisburg, den 97. Vorsitzenden Waisburg, den 98. Vorsitzenden Waisburg, den 99. Vorsitzenden Waisburg, den 100. Vorsitzenden Waisburg.

deutsche Regierung es für angelegentlichsten Augenblick der Meinerung auf der Kommission vom 16. Dezember erhalten. Demgegenüber kann die Erklärung wiederholen, die sie den Regierung am 29. Dezember mündlich, daß die deutsche Regierung Zweckmäßigkeit einer Antwort oder Antwort auf das Schreiben vom 16. Frage des Zeitpunkts der Antwort urteilen, daß aber immerhin das in der Regierung vom 14. Dezember Versuch von der Kommission erst nach dem 16. Dezember bezeichnet werden können. Die Reparations-Regierung darauf hin, daß sie durch wiederholte Erklärung ihre Zeit für ihre Entschlüsse über die Regierungsvorteiler haben die Beamten bei den gestrigen Veranzministerum überreichten Richten unter Hinweis auf die schwierige als undurchführbar erklärt. — Die rückständigen Solds für die deutsche 4 Jahre unter Lettow-Bordecke gewönlich zwischen London und Bern.

Die neue Freie Presse veröffentlicht Berliner Korrespondenten mit dem Dr. Pfeifer, der u. a. erklärte: „Deutsch-Österreich an Deutschland Rahmen der für den Augenblick als hauptsächlich Vorbedingung Mitteleuropas, wobei ich allerdings zeitliche Ausmaß der Durchsührung Österreich bestimmt werden muß. Die sich in der Richtung bewegt, die Notwendigkeit des Anschlusses zu einen Hauptteil der Aufgabe an.“

Abgeordneter Stephan Rakovsky, eine Anzahl anderer Politiker, die genannt sind, haben vom Minister-Genugtuung verlangt.

Dr. Walter Rathenau ist gestern Berlin abgereist. General Kollet Rückreise nach Berlin angetreten. Nach einer Meldung von „Freemans“ die Präsidentschaft der irischen Devaleras Rücktritt ist im Dail gegeben worden.

Der Marineauschuß der Könige die beiden Resolutionen des den, die sich auf die Unterseeboots-Griff gegen Handelschiffe an. Die zweite Resolution Root zur vorgeschlagenen Änderung an das oben genannte Verbot von den bezüglich in Kraft gesetzt.

Die Flottenkommission hat gestern Rechnung der älteren Entscheidung erste und zweite Entscheidung über-Italien erklärte unter den bestimmen, und verlangte, daß man unter „Handelschiffen“ zu verze erklären, daß die englischen Gschwache Bewaffnung gestatteten, die zu Kriegsschiffen umgewandelt te dem zu. Die Besprechung festzustellen, was ein bewaffneter sprich sich dann gegen die Verzu Angriffen auf Handelsdampfer auf Frankreich der ersten gemein- Aufnahme. Beide Entscheidungen

Landesversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei Württembergs.

Stuttgart, 6. Jan. Unter außerordentlich harter Beteiligung fand am Dreifönigstag im Festsaal der Lieberhalle die Landesversammlung der D.D.P. Württ. in üblicher Weise statt. Der Landesvorsitzende Abg. Brudmann begrüßte die stattliche Versammlung, die den Festsaal der Lieberhalle füllte, besonders auch die auswärtigen Gäste. Die Führer der württ. Demokratie, Staatspräsident Dr. Dieber, Vizelandtag a. D. v. Bayer, Minister a. D. Dr. Schall waren vollständig anwesend. Viehking und Danzmann sowie Scheef durch Krankheit an der Teilnahme verhindert. Der Toten der Partei wurde nach Verlesung der Namen durch Erhebung der Versammlung von den Siben gedacht. Als erster Redner sprach Staatspräsident Dr. Hummel (Karlsruhe). Er hielt nicht den angedeuteten Vortrag über den Süden als Träger des Lebensgedankens, da er sofort abreisen mußte. Anspielend auf das Zusammenarbeiten Badens und Württembergs, betonte der badi- sche Staatspräsident, daß Württemberg eine Hochburg der deutschen Demokratie sei, der man namentlich im Nachbarland ein herzliches Aufwärts und Vorwärts wünsche. Als kleine Mittelpartei müsse die deutsche Demokratie den demokratischen Sovereign in Europa bilden. (Beifall.) — Dann sprach der Reichsparteivorsitzende Senator Dr. Peterien (Domburg) über die deutsche Republik und ihre Widerlächer. Es sei bezweifelnd, daß man nach drei Jahren deutscher Republik bereits von einer Gefahr für ihren Bestand sprechen müsse. Die Revolution sei gekommen trotz Moral in allen Kreisen und trotz sozialer fortschrittlicher Geistes. Die letzten drei Jahre hätten bewiesen, daß die D.D.P. die Idee geliefert habe zum Wiederaufbau des Vaterlandes. Selbst die Deutsche Volkspartei habe sich jetzt für eine Politik der Mitte mit der Sozialdemokratie zusammen ein. Die Demokraten hätten dies drei Jahre früher schon eingeführt. Wenn der Friedendvertrag von Versailles revidiert werde, dann seien die Männer im Recht, die ihn feinerzeit unterschrieben haben. Es muß nun alles getan werden, um für den Staat und seine demokratischen Grundlagen Eroberungen zu machen. Die Rückkehr zur Monarchie würde leichter sein, wenn wir zuvor die Einheitsmonarchie gehabt hätten. Niemals werden die organisch gewordenen 22 deutschen Monarchien wieder auflösen. Die Schwierigkeiten für die Monarchie würden bei der Wahl des Herrscherhauses gewinnen. Ein organisches Werden der Monarchie hat wenig Aussicht, namentlich dann, wenn die demokratische Politik allmählich schwer erzwungene Fortschritte macht. Um die Monarchisten für die Demokratie zu gewinnen, muß die Demokratie als das ge- steigerte soziale Glück für die Welt erscheinen. Das allgemeine Interesse geht vor den Wünschen der Organisationen und Ver- bände. Die Fragen der Politik haben nur Regierung und Volkvertreter zu entscheiden. Das muß gegenüber der Sozialdemokratie, die in ihrem engstirnigen Klassenstandpunkt ver- harrt, gesagt werden. Das deutsche Volk läßt sich weder eine Klassenherrschaft von oben noch von unten gefallen. Die Par- teien haben sich einzustellen auf die parlamentarischen Notwen- digkeiten. Parlamentarische Demokratie allenthalben der Ver- lagen der Demokratie. Das Führerproblem muß tonangebend sein. Die Parteien dürfen ihre Minister nicht im Stiche lassen. Die Parteimethoden müssen auf das Parlament eingestellt sein. Moralische Eroberungen müssen die Republik festigen, denn sie kann nur durch eine Politik der Mitte getragen werden. Es wäre ein Unglück, wenn im Reich das nachgemacht würde, was in Thüringen, Sachsen und Berlin vorgebracht wird. Nicht das sozialistische Kulturbild, sondern das liberale schafft Per- sönlichkeiten. Es geht nicht an, den Lohn zu schematisieren und zu equalisieren, denn der Mensch ist kein sozialempfindendes, sondern ein egoistisch denkendes Wesen. Der Ausgleich und das Zusammenarbeiten von Bürgerlichen und Arbeitern muß gefördert werden. Die Politik der Mitte ist auch not- wendig gegenüber der Welt, innerpolitisch wie auherpolitisch. Das deutsche Volk wird nur eine Zukunft haben in der Form der demokratischen Republik. (Starker Beifall.) Frau Abg. Ebni sprach hierauf für die demokratischen Frauen Begrü- ßungsworte und teilte mit, daß die vorgesehene Rednerin, Abg. Dr. Lüders, plötzlich erkrankt sei und ihr Referat später halten werde. Gesandter a. D. Dr. Kiebler (Berlin) hielt unter gro- ßer Spannung seinen Vortrag über Deutschlands internationa- le Lage: Am heutigen Tage versammelt man sich in Cannes, um über uns eine Entscheidung zu treffen. Das überste, was wir hoffen können, ist, daß man dem kranken Europa eigene Einprägungen zugerechnet wird. Der Widerstand der gegenwärtigen Regelung der Reparationsfrage ist überall er- kennbar. Die deutschen Schuldverordnungen, die wir an Frank- reich geben müßten, belasten niemand in der ganzen Finanzen, weil sie eine erzwungene Unterschrift tragen. Die wirt- schaftliche Seite der Frage wird durch das Arbeitslosen- problem der Welt illustriert. Deutschland kann nicht laufen, Deutschland verläuft zu billig. In Cannes werden aber nicht die Folgerungen aus dieser Lage gezogen werden, denn die Forderung von 132 Milliarden Goldmark macht uns nicht kreditfähig. Je mehr wir zahlen, desto mehr Arbeitslose wird es drauhen geben. Der Franzose denkt rein fiskalisch, aber nicht ökonomisch. Die öffentliche Meinung Frankreichs sieht in dem Widerspruch der Lage nur eine Teufelei der Deutschen. So wird auch in Cannes der politische Hintergedanke wichtiger sein als die wirtschaftliche Vernunft. Die Reparationsfrage ist für Frankreich in erster Linie eine politische Frage, für das Frankreich des nationalen Glücks ein Mittel zu politischen Zwecken oder nach Clemenceaus Wort die Fortsetzung des Krieges mit den Mitteln des Friedens. Darum hat man die Reparationsfrage und ihre Lösung offen gelassen, um den An- laß für dauernde Besetzung des Rheinlandes zu haben. Frank- reich will seinen Ruin und die Herrschaft über ein verdrödetes Europa. Denn dieses Frankreich steht noch in den politischen Anschauungen des 18. Jahrhunderts. Darum rüft es auf allen Gebieten. Für das heutige England ist die Reparations- frage eine wirtschaftliche Frage, aber nur eine unter vielen. Der weltpolitische Hintergrund der Konferenz von Cannes wird herrscht durch den Gegensatz zwischen England und Frank- reich, zur Freude hierüber ist kein Anlaß, denn dieser Gegen- satz wird auf unserem Rücken ausgefochten. Sowjetrussland behält seine antienglische Politik bei und hat sich mit der Tür- kei und Angora verbündet. Dadurch ist ein schwieriges Problem in Osten entstanden, denn die französische Politik hat sich Rus- land gegenüber geändert. Frankreich hofft auf eine Doppelhel für die Zukunft und rüft damit an der verwundbarsten Stelle der russischen Weltlage. Auch in Washington ist man bei der Frage der Rüstungsbeschränkungen auf ein baldmögliches Frankreich gestoßen. Man wird die Sorge nicht los, daß in Cannes die deutsche Frage zurückgestellt und als Kompensa- tion zwischen Frankreich und England behandelt wird. Man wird uns wohl einige Erleichterungen zugestehen, dafür neue

Bedingungen auferlegen, um unseren Export herunter zu drücken. Man wird darüber hinweg, daß die Franzosen noch widerrechtlich im Rheinland stehen und daß sie im deutschen Oberschießen sich dauernd niederlassen wollen. Wir werden keine Bedingungen auf rechtlichem Boden erhalten und doch wollen wir ehrlisch erfüllen, um durch Arbeit zur Freiheit zu gelangen. Wir wollen nur das Recht und die Garantien, daß es künftig nicht libretieren wird. Es naht der Tag, an dem wir wieder zu auhenpolitischen Leben erwachen, an dem wir aufhören, ein Objekt der Politik zu sein. Die auhenpolitischen Dinge sind über die innenpolitischen zu stellen. Deshalb muß in unserem auswärtigen Dienst und in der auswärtigen Poli- tistik Ordnung geschaffen werden. Die auswärtige Politik darf nicht mit parteitaktischen Erwägungen durchsetzt sein. Wenn wir nicht eine gemeinsame Sachlichkeit der Parteien in aus- wärtigen Fragen haben, erlangen wir keine stetige Führung der auswärtigen Geschäfte. Eine gemeinsame Meinung in auswärtigen Fragen ist nur durch eine Mehrheit der Mitte gewährleistet. Mit diesem Herzen aber kühlem Verstand muß auswärtige Politik gemacht werden. Siegerwald sagte mit Recht das bittere Wort: „Ich sehe keine Deutschen mehr, ich sehe nur noch Parteien.“ Das ist bitter und dennoch muß es heißen bei uns: „In auswärtigen Dingen zuerst das Vaterland und dann die Partei!“ (Stürmischer Beifall.) — Abg. Brudmann stellte in seinem Schlußwort fest, daß die Ver- sammlung mit den beiden Vorträgen übereinstimmt, dankte den Rednern und dem Stuttgarter Tagblatt für die Unter- stützung der Parteiarbeit und schloß mit dem Ruf: „Unser armes, aber wohlbeleibtes deutsches Vaterland und Volk lebe hoch“, in das die Versammlung einstimmte.

Die Konferenz von Cannes.

Paris, 6. Jan. Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Cannes meldet, wies Lloyd George heute Vormittag in seiner Rede mit großem Nachdruck darauf hin, daß das Schicksal aller Völker Europas insbesondere im Hinblick auf Rußland untereinander verknüpft sei. Er halte es für unbestreitbar, daß die Wirtschaftslage Rußlands die ganze Welt, besonders aber die Wirtschaft Deutschlands beein- flusse. Er habe besonders betont, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich verbessern werde, wenn die Handels- beziehungen mit Rußland wieder aufgenommen werden könnten. Unter diesen Umständen habe auch Frankreich ein Interesse an der Wiederherstellung der Beziehungen, da sie eine Besserung der deutschen Zahlungsfähigkeit zur Folge haben würde. Lloyd George habe ferner erklärt, es sei aber selbstverständlich, daß feste Bürgschaften von der deut- schen Regierung verlangt werden müßten. Die Hauptbe- dingung sei Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden. Briand, Bonomi, Rheunis und Baron Isti hätten sich der Erklärungen Lloyd Georges angeschlossen. Briand habe be- sonders auf die Notwendigkeit der von Rußland verlangten Bürgschaften hingewiesen.

Paris, 6. Jan. Ueber die erste Sitzung des Obersten Rats, die von 11 Uhr morgens bis 1,15 Uhr nachmittags dauerte wird folgender amtliche Bericht verbreitet. Die erste Sitzung der Konferenz der alliierten Mächte hat im Kaufischen Klub um 11 Uhr vormittags unter dem Vorsitz Briands stattgefunden. Nachdem der Ministerpräsident die Delegierten begrüßt hatte, setzte auf seine Aufforderung Lloyd George seine Ansichten über die allgemeine Wirtschaftslage Europas aus und formulierte gewisse Vorschläge. Die Führer der verschiedenen Delegationen sprachen ihre grundsätzliche Zustimmung zu diesen Vorschlägen aus, die einem Auschuß unterbreitet wurden, der heute nachmittag 3 1/2 Uhr zusamen- tritt und der gebildet wird aus den Ministerpräsidenten und den Ministern für auswärtige Angelegenheiten. Ferner ist entschieden worden, daß die Finanzminister sich zu einer noch später festzusetzenden Stunde vereinigen sollen, um den Ver- richt der Sachverständigen, die sich bis jetzt mit der Repa- rationsfrage beschäftigt haben, zu prüfen.

Paris, 6. Jan. Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Cannes meldet, wurde im Laufe der ersten Sitzung, nachdem Lloyd George in längeren Ausfüh- rungen die Wirtschaftslage in Europa geschildert und die Notwendigkeit der Wiederherstellung des normalen Handels- austauschs begründet hatte, von dem Resolutionsentwurf Kenntnis genommen, den Ende voriger Woche die alliierte Sachverständigenkommission in Paris angenommen hat. Dieser Entwurf sei in großen Zügen gutgeheißen worden. Infolgedessen werde in kürzester Frist eine internationale Konferenz zusammenzutreten, zu der die interalliierten Haupt- mächte, sowie Deutschland und Rußland eingeladen werden sollen. Für Rußland wurden jedoch einige Bedingungen festgesetzt, die an seine Zulassung geknüpft werden sollen. Diese Bedingungen würden in einer heute nachmittag 3 Uhr stattfindenden Sitzung festgelegt werden.

Religiöse Vorträge!

Vom 8. bis 13. Januar 1922, abends 7 1/2 Uhr, im „Heim Pilgerruhe“ in Schwarzen- berg von Inspektor W. Auler.

Themen:

- Sonntag, 8. Jan.: „Seele und Geist“.
- Montag, 9. „Woju ist der Mensch auf der Welt?“
- Dienstag, 10. „Die größte Menschen- tat“.
- Mittwoch, 11. „Die seligste Gottesstat“.
- Donnerst., 12. „Gottlose Frömmigkeit“.
- Freitag, 13. „Des Menschen Bild“.

Jedermann herzlich willkommen!

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Engländer“ werden fort- während von aller Postanstalten und unseren Aussträger entgegengenommen.

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Zahnkarten, Zahlungsloschen, Aufklebaddressen, Programme, Visiten, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Trauerriefe, Trauerkarten, ... Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen. ...

Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der „Engländer“-Druckerei in allen Arten von

Druckfachen!

Fastnachtluftbarkeiten.

Durch Minist.-Verf. vom 30. 12. 21 (St. N. Nr. 1/1922) ist im Hinblick auf den Ernst der Zeit für heuer jedes Fast- nachstreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen, insbe- sondere jedes Tragen von Masken und Verkleidungen an diesen Orten, mit sofortiger Wirkung untersaht worden. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 360, § 11 und 366, § 10 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft. Für Tanzunterhaltungen werden die höchst zu- lässigen Sporteln angesetzt werden. Von Polizeistundverlängerung haben die Orts- polizeibehörden tunlichst Umgang zu nehmen. Neuenbürg, den 5. Jan. 1922. Oberamt: Reg.-Ass. Kelling.

Verein f. Bienenzucht Neuenbürg.

1. Zuderverforgung 1922. Die- selbe gestaltet sich schwieriger als je. Höchst- wahrscheinlich bekommen wir aber rechtzeitig Zucker zur Frühjahrsfütterung, den wir selbstverständlich nur an unsere Mitglieder abgeben. Die Vertrauensmänner haben alsbald den Gesamtbedarf der Mitglieder ihrer Oasgruppe für das Jahr 1922 festzustellen und mit denselben in einer Summe bis früestens 15. Januar mitzuteilen. Als Norm sollten wieder 7 1/2 kg fürs Volk zu Grunde gelegt werden, wobei noch ein Zuschlag von 15 bis 20 Prozent für Schwärme erfolgen kann. Der Besteller ist zur Abnahme der bestellten Menge verpflichtet. Preis noch unbelannt.

2. Jahresbeiträge für 1922. Die Bezugsgebühren für die Bienenpflege (Herstellung- und Versandkosten) sind gewaltig gestiegen. Der Landesverein hat deshalb den Jahresbeitrag auf 10 Mark festgesetzt, einschließlich Landes- vereinsbeitrag und Haftpflichtversicherung. Der Gesamtbeitrag einschließlich Bezirksvereinsbeitrag ist daher auf 14-15 M zu erhöhen. Neuenbürg, den 5. Januar 1922. Der Vorstand: Moll, Eisenb.-Oberlehrer.

Bieh-Verkauf.

Am Dienstag, den 10. Januar 1922, von vormittags 8 Uhr ab, steht in unseren Stallungen in Calw im Gasthaus z. „Lötven“ ein sehr großer Transport erstklassiger, starker, gewöhn- ter, junger Milkühe, junger Rälberkühe (Schaffkühe), große Aus- wahl schwerer, hochträchtiger gutge- wöhnter Ralbinnen, große Auswahl schöner, starker Zugochsen, Zug- und Lernstiere (auch paarweise), sowie schönes Jungvieh zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf und Tausch freundlichst einladen. Rubin, Salomon und Max Löwengardt, Rexingen.

Visitenkarten

liefert rasch und billig die C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter

wurden nach der Bekanntmachung des Oberversicherungsamts vom 23. Dezember 1921, U. 15. III. 52 (Staatsanz. Nr. 306) auf Grund der §§ 936 Abs. 2 und 936a der R.V.O. in der Fassung des Reichsges. v. 11. April 1921 (R.Ges. Bl. S. 467) für das Kalenderjahr 1922 neu festgestellt.

Hienach gelten für den Oberamtsbezirk Neuenbürg folgende Sätze:

1. Für männliche Versicherte	über 21 Jahre	Arbeiter:	
		A. Landwirtschaftliche	B. Forstwirtschaftliche
2. weibliche	21	7200 M.	9000 M.
3. männliche	zwischen 16 u. 21	5400	6750
4. weibliche	16 u. 21	5760	7200
5. männliche	14 u. 16	4320	5400
6. weibliche	14 u. 16	4050	5040
7. männliche	unter 14	3240	4050
8. weibliche	14	1380	1680
		1200	1425

Neuenbürg, den 4. Januar 1922.

Wirt. Versicherungsamt.
Reg. Wf. Rillina.

Rheinische Creditbank

Aktienkapital 120 Millionen : Reserven 30 Millionen
Niederlassung Herrenalb

Telefon Nr. 17 : : : : Postscheckkonto 12846 Karlsruhe
besorgt alle in das Bankfach einschlägigen Geschäfte wie:

- | | |
|-------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|
| Eröffnung laufender Rechnungen. | Aufbewahrung von Wertobjekten jeglicher Art. |
| Kreditgewährung. | An- und Verkauf von Wertpapieren jeder Gattung. |
| Annahme von Spargeldern in jeder Höhe. | An- und Verkauf von fremden Geldsorten. |
| Einzug und Diskontierung von Wechseln. | An- und Verkauf von Schecks auf das In- und Ausland. |
| Akkreditiv- und Kreditbriefauszahlungen. | Einlösung von Zins- u. Dividendenscheinen. |
| Erladigung von Ueberweisungen. | |
| Annahme von offenen Depots zur Aufbewahrung und Verwaltung. | |
- Gewissenhafte Beratung in allen Vermögensangelegenheiten.
Neueste Kurse infolge dauernder Telefonverbindung mit den Hauptbörsen stets zur Hand.
Bereitwilligste Auskunfterteilung an dem Schalter und am Telefon.
Tresors und Safes nach den neuesten und erprobtesten Grundsätzen eingerichtet.

Neuenbürg.
Sehr kräftigen
Bergschlitten
zu verkaufen
Franz Wadenbut.
Neuenbürg.
Einen
Fuhrschlitten
und einen
Herrenschlitten
hat zu verkaufen
Schmidt & Großkopf.
Eiffelabrik.

Bestes günstiges Angebot!
30000 Zigaretten
(reiner gelber Tabak)
pro Mille Mark 260.—,
ohne Mundstück,
pro Mille Mark 350.—,
mit Gold u. ohne Mundstück.
30 J. Zigaretten werden
nur in Verbindung mit
40 J. Zigaretten abge-
geben. Versand unter
Nachnahme. Porto und
Nachnahmegebühren werden
berechnet. 5 u. 5 Mille
franko Zufriedung.
Ch. Schmid & Sohn,
Tabakwarengroßhändler.
Wildbad, Fernruf 85.

Bettmässen.
Befreiung sofort. Au-kauf
umsonst. Alter u. G-seh leicht
angeben. Dr. med. Heus-
mann & Co., Velburg 243
(Bayern).

**Geschäfts-
Kalender**
für Forstbeamte
für 1922 sind vorrätig in der
G. Nech'schen Buchdruckerei.

Neuenbürg, 7. Januar 1922.
Dankagung.
Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teil-
nahme an dem schweren Verluste unserer lieben
Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Marie Rohlfuß, Witwe,
sagen wir allen herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Arnbach, 4. Januar 1922.
Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim
Heimgange unserer lieben Tante
Wilhelmine Weiß,
für den erhabenden Gesang des Frauenchors, unter
Leitung von Herrn Lehrer Biensele und die sie noch
zur letzten Ruhestätte begleiteten, sagen wir hiermit
herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Christian Hermann.

Bitte Sie, ehe Sie einkaufen, mein
auswählreiches Lager in
Damen-Hüten und Pelzwaren.
Neu- und Amorbeihen von Hüten und Pelzen in
bekannt tadelloser Ausführung.
Ampressen von Damen- u. Herrenhüten schnellstens.
Friedr. Dann, Pforzheim, Telefon 2244.

Delmühle Weizenstein.
Ab 1. Januar ist die Delmühle
wint 3 Tage in der Woche geöffnet.
Mittwoch und Donnerstag für Mohn, Freitag für Weizen.
An den anderen Tagen bleibt der Betrieb geschlossen.
Hermann May.

Mieter!

Heute abend 1/8 Uhr im Restaur. Kiefer
**Große öffentl.
Mieter-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
Die neuen Mietssteuern zc.
Ref.: Herr Arbeiterssekretär Dietrich.
Sämtliche Mieter, auch Nichtmitglieder des Mieter-
vereins, sind hierzu freundl. eingeladen.
Mieter-Verein Neuenbürg.
Heute abend 1/8 Uhr Rest. Kiefer.

Konsum- und Sparverein Neuenbürg a. Gz und Umgebung e. G. m. b. H.

Die Mitglieder mit ihren Frauen werden zu der am
Sonntag, den 15. Januar 1922, nachm. 3 Uhr,
im Gasthof zum „Bären“ hier stattfindenden
Generalversammlung
eingeladen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird
erlaubt. Mitgliedskarte ist mitzubringen.
Anträge von seiten der Genossenschaftler, die zur Be-
ratung gestellt werden sollen, müssen mindestens 3 Tage vor
der Generalversammlung beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats
schriftlich gestellt werden.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Rechnungsabluß für das erste
Geschäftsjahr.
2. Bericht des Aufsichtsrats, Antrag auf Genehmigung
der Bilanz und Entlastung des Vorstands
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reinertrags.
4. Neuwahl eines Geschäftsführers und Kassiers.
5. Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat.
6. Weiterausbau des Konsumvereins. (Ref. Herr Verbands-
revisor Glaeser.)
Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme durch die Mitglieder
auf unserem Geschäftszimmer auf.
Neuenbürg a. Gz, 30. Dezember 1921.
Der Aufsichtsrat:
Vorsitzender Röll.

Radfahrer-Verein Neuenbürg.

Am Sonntag, den 8. ds. Mo.
findet im Gasthaus z. „Schiff“ (Neben-
zimmer) unsere diesjährige
General-Versammlung
statt. **Anfang punkt 2 Uhr.** Wegen wichtiger Tages-
ordnung wird zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Anstöß.

RBN *Phil. Bosch Nachf.*
W *Wildbad,*
Kauptstraße Telefon 32

**Große Auswahl
in
Manufakturwaren
Aussteuerartikeln
Damen-Wäsche
Herren-Wäsche
Trikotagen
Kragen Cravatten**
*Reelle Bedienung!
Billigste Preise!*

Wir wissen Rat
Wie wir Ihre Rückgratverformung
ohne Operation bessern
und ev. heilen, zeigt unser Buch
mit 50 Abbildungen. Senden Sie
uns 5 Mk. oder fordern Sie es
durch Nachnahme.
Franz Henzel
Stuttgart 8, Hegelstraße 41

Aufruf!

Alle **Garrenhalter** des
Oberamts Neuenbürg
werden aufgefordert, zu einer
sehr wichtigen Besprechung
am kommenden Sonntag, den
8. Januar 1922, nachmittags
2 Uhr, im Gasth. z. „Bären“
in Neuenbürg zu erscheinen.
Reiner soll fehlen.
Der Einberufer.
Neuenbürg.
3 getragene

Ueberzieher, 1 älteren Anzug

für mittlere Figur billig
zu verkaufen
Wilhelm Wadenbut,
Ladhandlung, Telefon Nr. 10

Langenbrand
(Oberamt Neuenbürg).
Guterholtenen, größeren
Ofen,
auch zum Kochen geeignet,
zu verkaufen
Rinderheim.

Langenbrand
(Oberamt Neuenbürg).
Zum alsbaldigen Eintr
wird ein zuverlässiges
Mädchen
nicht unter 18 Jahren
Küche und Haus gesucht. Ge-
samtliche Behandlung, son-
stige Gehälter Lohn wird zu-
sichert.

Rinderheim Langenbrau
(O. A. Neuenbürg.)
Relieres, durchaus ehlich
braves
Mädchen
in H. Haushalt (2 Pers.)
sucht. Gut's Heim.
Frau **Schirmer,**
Pforzheim, Bleichstraße
III, Etoc.

Gottesdienst in Neuenbürg

Sonntag, den 8. Januar 1922
(1. Sonntag nach dem Erscheinun-
genfest).
10 Uhr Predigt (Lut. 2, 41-4
Lied 14:
Delan Dr. Wegert
1/2 Uhr Kirchenlehre (Luther)
Delan Dr. Wegert
Mittwoch abends 8 Uhr. Bisop
im Gemeindehaus.
Delan Dr. Wegert

Katholisch. Gottesdien
in Neuenbürg
Sonntag, den 7. Januar 1922
6-7 Uhr abds. Betandige
Sonntag, den 8. Januar 1922
10 Uhr Frühgottesdienst
8 Uhr morgens Betandige
8 und 10 Uhr Austeilung
Hl. Kommunion.
9 Uhr Predigt und Kant.
1/2 Uhr nachm. Andacht (K
Kirchenlehre)
An den Festtagen ist der Got
dienst um 1/8 Uhr.

Stuttgart, 5. Jan. (W
rat wurden die Mietste
lebhafter Aussprache erho
Zweizimmerwohnung 600.
wazu noch eine Ausleihabg
Der Aufwand für die Erhe
betrag 40 Millionen Mark.
bis 2 Proz. erfahren. We
Wohnungssuchenden Wohnu
einem Bauaufwand von 600
kommunistischer Antrag auf
Ausarbeitung eines Baupro
Mietwohnungen wurde durch
Besprechung erledigt.
Stuttgart, 5. Jan. (Zob
ist in Berlin Gebirger Do
ner, der Begründer der besa
ten. Er war früher in leit
Verlagsgesellschaft tätig, dere
angehört.

Von den Fildern, 5. Jan.
Oberhelmingen hat dem Ab
gegen 30 Bunter Kartoffeln
unentgeltlich zur Verfügung
mitten und Einzelpersonen f
Nürtingen, 5. Jan. (U
wollte seine Voten mit Benz
unerklärliche Weise entzün
artige Brandwunden am Ob
gangs im hiesigen Rüstbüro
mühte.

Tuttlingen, 5. Jan. (C
April 1921 ist das Donaudeit
stellen ab zwischen Jannadei
legt. Erst infolge der lehten
Donau wieder Wasser in ihre
Fildingen O. A. Tuttling
der Neujahrnacht wurde an
körper zur Explosion gebracht,
ständig demolierte. Auch a
Privathäusern wurden dire
trämmert. Der Gemeinderat
1000 M. Belohnung ausgerei
Schwaben, 5. Jan.
Schwabenwälder Ubrerindus
ben vorgenommene Kollim
kündigen sei oder nicht, erg
die Kündigung künnten. A
dürfte sich ein ähnliches Re
zung eingeleitet werden wic
einschenden neuen Verband
und den Streik zu vermeid
Wöllingen O. A. Götting
Vertilgung von Kartoffeln
Mädchen Neuenbürg. W
leben wollte, ob das Mitt
nen Licht dem Haar nabele
Anstatt nun ein Tuch über
man sie mit Wasser. Die er
zeitgemäßer Lohn wird zu
sichert.

Wagen a. N. 5. Jan. (C
Neujahrsschießerei verunglück
tenhaus in Göttingen seinen
Verunglückte kommt mit de
reid ein Auge herausgeriss
Ueberlingen, 5. Jan. (W
wurde in der hiesigen Turm
mendete die schönen Vorhänge
und zog dem Turmherd den
hund verlor die Spur d
Babstbesitz in Göttingen.
Ulm, 5. Jan. (Reitungs
denderei Böhm in Verbindung
geurändeten, Ulm'scher Reue
allgemeinen Postlage der Zeit
eingestellt.

Ulm, 5. Jan. (Womben
im betrauchteten bayerischen
Haus des Rechtsanwalts W
Gebäude und an der Ein
schützen Schaden anrichtete
eingeleitet, die Dedn durch
schädigt. Drei Räume sind
stande, daß im Schlafrum
schrank durch die Explosion
de, ist es zu danken, daß da
verletzt davon kam. Man ve
Täter wird eifrig gefahndet.

Wuppertal, 5. Jan. (Die
für und wider hat sich der
Bereinführung der Runden
Ander, hauptsächlich an dem
auf ihn entfallende Maß gef
Höfnermeister O. A. W
18jährige Wirtchen wollten
ben gleichartigen Befen de
schiffe die frutigen Liebes
Mädchen bringen. Beim Re
nenden Plazette in die Rufe
die Schiefer, wie die Auf
einer Wolke von Rauch, und
und an ihren Kleidern bina
um die brennenden Kleider z
um Hilfe an, die mit andoe
löschtanen. Einem andern
dort mit. Adm mußte vor
Kopf, an dem auch die Ha
banden werden, daß nur n
Anfanglich befürchtete man
licht, als man ihn aber mit
Kragen vorzüglich einen E
Die Schulle
Von der Ministerialabte
Kandes ist der Schluß des

